

Krieg – die Gefahr lauert an den politischen Nebenschauplätzen

Mit der Lupe beugt sich Westeuropa über den Ersten Weltkrieg und stellt befriedigt fest, dass es noch immer in einer der besten aller möglichen Welten lebt. Doch ringsum brennt es. Die Ukraine-Krise, die Gewalt und das Chaos im Nahen Osten, die Flüchtlingsströme aus Afrika – schon immer zerfielen politische Ordnungen von den Rändern her. Von Richard Wagner

Während wir Europäer uns höflich über den Ersten Weltkrieg austauschen und ausgiebig über die Erkenntnis staunen, dass es zu diesem Krieg nicht hätte kommen müssen, wie uns das mittlerweile zum Logbuch avancierte Weltkriegs-Opus von Christopher Clark erahnen lässt, rüsten um uns herum die historischen Konfliktherde in Ost und Süd deutlich nach. Die südöstliche Mittelmeerwelt hat ihren Journalistenpoesie-Sprung vom «arabischen Frühling» zur «Arabellion» absolviert. Ihre Akteure, Fundamentalisten und Autokraten, legen alles, was eventuell noch auf der Unesco-Liste der schützenswerten Kulturdenkmäler verzeichnet sein könnte, in Schutt und Asche. Damit wohl endgültig Wüste wird, wo Wüste zu sein hat.

Europa wird zum Sonderfall

Fünfundzwanzig Jahre nach 1989, dem Jahr, in dem der Kommunismus zusammenbrach, scheint auf den ersten Blick in Europa eine der bisher besten aller Welten eingerichtet zu werden. Der aufschlussreichste Indikator dafür ist die weiter wachsende Zahl der Flüchtlinge aus dem Süden, die um jeden Preis nach Europa zu gelangen versuchen, als sei dieses das einzige rettende Ufer für sie.

Abgesehen von spärlichen Ausnahmen ist Europa ja auch einer der wenigen Orte, wo man sich auf den Rechtsstaat und die öffentlichen Verkehrsmittel weitgehend verlassen kann. Trotzdem bietet Europa kein Musterbeispiel für ein erfolgreiches Machtgefüge, es ist vielmehr ein schillerndes Kon-

glomerat von Grossstaaten, Kleinstaaten und Zwergstaaten, Republiken und konstitutionellen Monarchien. Die Rechte und Freiheiten, wie wir sie heute geniessen, wurden von der Bürgerschaft erkämpft und gründen auf Leistungsbereitschaft, Grundbucheintragung und Erbrecht. Soll Europa nicht zu dem Sonderfall werden, den manch einer längst in ihm sieht, müsste sich weltweit etwas ändern, was offenbar nicht zu ändern ist.

Der Westen, bestehend aus Europa, den Resten des Empires und den USA, der jetzt schon die grösste globale Freihandelszone umfasst, wird spätestens mit der Einrichtung des zollfreien transatlantischen Handels eine Welt für sich sein, in der die Macht tatsächlich durch die Ökonomie getragen wird. Dieser Westen wird den Rest der Welt nicht mehr brauchen, nicht einmal wegen der knappen Rohstoffe oder der angeblich billigen Arbeitskräfte. Warum also Krieg führen?

Will man die Ukraine richtig einschätzen, müsste man fragen, was sie von Russland unterscheidet, und nicht, was sie mit uns gemeinsam haben könnte. Die Ukraine ist weder hoffnungslos wie Afrika, noch ist sie insgesamt so hübsch anzusehen wie mancher Ort im ehemals habsburgischen Galizien. Sie liegt aber ausserhalb des ostmitteleuropäischen religiös-kulturellen Limes, der, der Spaltung der Christenheit folgend, Ost und West voneinander trennt. Mit ihren Kraftfeldern Kiew, Charkiw und Odessa ist sie Teilhaberin der ostslawischen Kulturgeschichte, zusammen mit Russland und Weissrussland. Auch der Maidan in Kiew ist nicht die Ukraine, weder als Sponti-Demokratie, wie der

Westen das Ereignis gerne sah, noch als von orthodoxer Liturgie und verbalen Patriotismus umrahmte symbolisch-politische Wiedergeburt, die der ukrainische Traditionalismus meinte.

Die heutige Ukraine ist eine Sammlung ostslawischer Provinzen, versehen mit einer gering entwickelten Staatsidee, aber ausgestattet mit einem der Sowjetunion entwachsenen Staatsapparat und einer heterogenen Bevölkerung, die immer noch am ehesten der Begriff des «homo sovieticus» eint. Es gibt dort keine Mehrheiten für und wider die Demokratie, weil es in der Ukraine noch keine solche gibt. Stattdessen gibt es alle Institutionen der Demokratie: Parlament, Regierung, Oberster Gerichtshof. Man kann mithilfe der Instrumente der Demokratie die Meinungsfreiheit durchaus begrenzen, wie das Beispiel Ungarn zeigt.

Was will Polen mit der Ukraine?

Was aber hat das mit uns zu tun, und weshalb ruft jetzt Polen sogar schon nach der Nato? Eine der Schwachstellen der institutionalisierten Demokratie, des modernen Staats insgesamt, ist die andauernde Vermischung von Innen- und Aussenpolitik. Das ist allgemein bekannt und keineswegs nur ein ostmitteleuropäisches Problem. Zu Zeiten des Kalten Kriegs pflegte der Kreml seine spezielle Formel des diplomatischen Protests, die sich die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten verbat. Gerade aber die Kremlführung versties auffallend häufig selber dagegen. Wir er-

innern an die zwei spektakulärsten Aktionen: die Niederschlagung des Budapester Aufstands von 1956 und die gewaltsame Beendigung der Reformen des Prager Frühlings von 1968.

Entsprechend misstrauisch beobachten die Eliten in den ostmitteleuropäischen Staaten das Machtzentrum des ehemaligen Imperiums. Es sind Ängste am Werk, die sich in Jahrhunderten aufgebaut haben und die zur Überreaktion auch in der aussenpolitischen Navigation führen. So unterstützt Polen den Protest und die Opposition in der Ukraine, doch mittlerweile muss man sich fragen, was das Ziel einer solchen Aussenpolitik sein kann, wenn keine handfesten Interessen damit verbunden sind, es sei denn, man unterstellt der polnischen Öffentlichkeit, sie wolle Einfluss nehmen in ihren ehemaligen Ostgebieten, die seit 1945 Teil des heutigen ukrainischen Staates sind. Oder noch ungereimter, Polen wolle Russland Ärger bereiten.

Das wäre womöglich alles nicht der Rede wert, gäbe es eine wenigstens in Konturen erkennbare EU-Aussenpolitik. Die gibt es aber nicht. Es ist wie mit allem in dieser Union. Ein Mitgliedsland bringt seinen Standpunkt zu einer partikulären aussenpolitischen Frage vor, und der Rest, der mit der betreffenden Sache nichts zu tun hat, geht mit.

Die Geschichte wurde oft genug von ihren politischen Nebenschauplätzen her neu aufgerollt. Auch Sarajevo war 1914 kein Ort, auf den man besonders geachtet hätte. Seien wir also auf der Hut.

Der Schriftsteller **Richard Wagner** lebt als Autor in Berlin. Zuletzt ist erschienen: «Habsburg. Bibliothek einer verlorenen Welt».